

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Nachtragshaushaltsgesetz 2009) (Plenarsitzung vom 01.04.2009)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Groth. – Nun erhält Herr Abgeordneter Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Was wir hier erleben, ist eine Politik mit ungedeckten Schecks – nicht nur hier, sondern auch in Berlin. „Privat vor Staat“ bleibt Ihre Devise, und die Heuschreckenpartei FDP fordert jetzt sogar die vollständige Privatisierung des Gesundheitswesens. Das ist die Realität. Die Steuern brechen weg; auch das ist die Realität Ihrer Krise.

(Zuruf von der CDU: Der Linken auch!)

Die ständigen Unternehmenssteuerreformen haben es nicht besser gemacht. Auch das ist ein Problem, warum wir jetzt so eine miserable finanzielle Situation haben. Bezahlen für alles sollen letztlich die Bürgerinnen und Bürger. Jetzt wird auch der Chor bereits angestimmt, den Gürtel enger zu schnallen. Das ist Ihre neueste Devise, auch in Berlin.

In NRW kündigt der Finanzminister an, es gebe keinen Platz für neue Begehrlichkeiten. Die Landesregierung werde aber von ihrem Konsolidierungskurs nicht abweichen. Man fragt sich: Was für ein Konsolidierungskurs?

106,8 Milliarden € war der Schuldenstand. Jetzt sind wir bei 122 Milliarden €. Das geht rasant weiter. Im Durchschnitt sind das 4 Milliarden € neue Schulden pro Jahr. Das nennen Sie Konsolidierungskurs. In diesem Jahr sind es 5,6 Milliarden €. Das ist hier die Realität.

Statt Schutzschirme für die Menschen werden weiter hunderte Milliarden für die Banken und ihre Zocker, die sich immer noch mit sogenannten Leistungsprämien bedienen, ausgegeben. Da fragt man sich: Welche Leistungen haben diese Bankmanager vollbracht? Die Leute im Land haben verstanden, und niemanden wundert das. Niemand glaubt mehr Ihrer Politik.

Noch vor Kurzem wurden alle Vorschläge der Linken zur Vergesellschaftung von Unternehmen

abgetan. Mittlerweile bedienen Sie sich relativ problemlos bei unseren Vorschlägen. Das ist auch sehr interessant. Vor einiger Zeit wurde ich hier noch lächerlich gemacht. Mittlerweile reden Sie selber von Vergesellschaftung. Das ist schon alles Schnee von gestern.

Bezahlt werden sollen die Defizite aber von den Bürgerinnen und Bürgern. Ich kann Ihnen sagen: Sozialisierung haben wir uns so nicht vorgestellt, nämlich dass die Millionensummen, die hier privatisiert werden, von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bezahlt werden sollen, dass die sozialisiert und die Gewinne von den Bankern privatisiert werden.

Dieser Tage haben wir mit Herrn Zumwinkel wieder ein sehr treffendes Beispiel erlebt. Genau das ist Ihre Politik, und Sie schauen diesem Treiben fast tatenlos zu.

Genauso überfordert sind Sie offensichtlich auch mit dem neuen Haushalt NRW. Eine ganz wichtige Maßnahme haben Sie hier gerade zum Besten gegeben: 38 neue Stellen. Die Abgeordnete Freimuth von der FDP redet davon, dass schon in zwei Wochen bei den Bezirksregierungen die Verteilung an die Kommunen beginnen soll. Die 38 Stellen sollen aber jetzt gerade erst im Haushalt beschlossen werden. Ich bin sehr gespannt, wie das alles so gehen soll.

(Ewald Groth [GRÜNE]: 18 für die FDP, 20 für die CDU, ganz einfach!)

Offensichtlich geht das alles nicht. Das ist schon sehr widersprüchlich, was Sie hier von sich geben. Die Krise lässt NRW immer tiefer ins Minus sinken. Durch die Verdreifachung der zunächst geplanten Neuverschuldung auf den Rekordstand von jetzt 5,6 Milliarden € haben wir einen künftigen Schuldendienst von mehr als 5 Milliarden € pro Jahr. Wir gehen langsam aber sicher auf einen jährlichen Schuldendienst von 6 Milliarden € zu. Auch das ist Ihr Konsolidierungskurs. Es ist ein Witz. Es ist ein Kahler Asten der Verschuldung, den Sie hier angerichtet haben.

Auch den Ministerpräsidenten, der jetzt leider nicht anwesend ist, müsste man eigentlich ansprechen: Herr Ministerpräsident, Sie waren ja gerade in den USA. Sie wollen da mit General Motors geredet haben. Niemand weiß aber, wie es bei Opel weitergehen soll. Das Thema werden wir gleich noch besprechen.

Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ sind wir und die Gewerkschaften am letzten Wochenende auf die Straße gegangen.

(Sören Link [SPD]: Wer ist denn „wir“? Die 20 Leute, die Sie haben?)

Wir werden uns auch weiterhin gegen eine solche Politik wenden, wie sie hier gemacht worden ist. Die Haushalts- und Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen geht in die völlig falsche Richtung. Wir haben mittlerweile über 540.000 Kinder, die unter Hartz-IV-Bedingungen groß werden. Da machen Sie jetzt offensichtlich Bildungspolitik. Das ist doch eine Frechheit, was Sie hier erzählen. Ihre Politik geht doch an den Realitäten der Menschen im Land längst vorbei.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Sagel, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Ich komme zum Schluss. – Dieser Haushalt ist eine Katastrophe. Er ist eine Bilanz des Scheiterns mit ungedeckten Schecks. Das ist Ihre Politik.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Remmel, bitte schön.